



# Beschlussbuch der Unterbezirkskonferenz 2006

## 5 JungsozialistInnen im Unterbezirk Braunschweig

## Leitfaden

### Antragsteller: Juso-Unterbezirksvorstand

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

### Leitfaden des Juso-Unterbezirks Braunschweig #2007

#### **Vorwort**

10 Der vorliegende Leitfaden soll dem neuen Unterbezirksvorstand der Jusos in Braunschweig als  
Arbeitsgrundlage und Arbeitsauftrag für das neue Jahr gegeben werden, sein  
Aufgabenspektrum klar definieren und so eine erfolgreiche Arbeit gewährleisten. Ziel eines neu  
gewählten Vorstands sollte sein, gemeinsam mit den aktiven Jusos die einzelnen Punkte zu  
bearbeiten und möglichst viele in die Praxis umsetzen. Neben diesen Aufgaben ist der  
15 Vorstand aufgefordert, aus sich heraus neue Ideen zu entwickeln und die Mitarbeit bei den  
Jusos als politische Jugendorganisation attraktiv für junge Menschen zu gestalten.

#### **1. Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Jusos im Unterbezirk 20 Braunschweig und den untergliederten Arbeitskreisen**

Die Juso-Treffen im Unterbezirk – also die Mittwochstermine – sind die zentralen Treffen aller  
Braunschweiger Jusos. Hier diskutieren wir über aktuelle Themen und organisieren die Juso-  
Arbeit. Um die inhaltliche Arbeit im Juso-Unterbezirk Braunschweig zu stärken, wurden  
verschiedene Arbeitskreise gegründet. Diese sollen unbedingt fortgeführt werden!

25 Im Folgenden wird die Zusammenarbeit zwischen den Jusos im Unterbezirk Braunschweig und  
den untergliederten Arbeitskreisen geregelt, aber auch die Aufgaben der Arbeitsgruppen  
festgelegt.

#### **Die Arbeitskreise:**

- 30
- AK Bildung
  - AK Internationales

#### **Richtlinien der Arbeitskreise:**

- 35
1. Die Arbeit in den Arbeitsgruppen und -kreisen ist eine Ergänzung - also eine freiwillige  
Nebentätigkeit - zur allgemeinen Juso-Arbeit mittwochs im Unterbezirk.
  2. Jede Arbeitsgruppe und jeder Arbeitskreis hat - oder benennt - ein verantwortliches  
Sprecherteam (meistens zwei Jusos). Dieses Sprecherteam koordiniert die Arbeit in den  
Arbeitskreisen und lädt zu deren Treffen ein.
  - 40 3. Inhalte und Ergebnisse aus den Treffen, aber auch Vorhaben (Projekte o.ä.) der  
Arbeitsgruppen und -kreise, werden am nächst möglichen Juso-Treffen vorgestellt. Nur so  
kann eine transparente und erfolgreiche Arbeit im Unterbezirk entstehen.
  4. Die Arbeitsgruppen und -kreise erarbeiten zu ihrem Themengebiet Thesen und Papiere als  
Diskussionsgrundlage. Als Experten tragen sie Ihre Ergebnisse den anderen Jusos an einem  
Mittwochstreffen vor. So haben Arbeitsgruppen und -kreise, wann immer sie wollen, die  
45 Möglichkeit, die inhaltliche Arbeit des Juso-Unterbezirks - in Absprache mit dem Juso-  
Unterbezirksvorstand - aktiv zu gestalten.
  5. Die Arbeitsgruppen- und kreise sind Untergliederungen des Juso-Unterbezirks. Es bedarf  
immer einer Absprache mit dem Unterbezirksvorstand, um die Arbeit im Unterbezirk zu  
koordinieren. Der Unterbezirksvorstand hat somit auch ein Weisungsrecht und kann davon  
50 jederzeit Gebrauch machen.
  6. Die Arbeitsgruppen und -kreise haben kein Stimmrecht. Somit ist der Unterbezirksvorstand  
als übergeordnete Ebene der Jusos vor Ort für sie der verantwortliche Ansprechpartner.

#### **Vertretung im Juso-Unterbezirksvorstand**

55 Jeder Arbeitskreis entsendet einen Vertreter in den Juso-Unterbezirksvorstand.

### Speziell für den AK Internationales

Der Arbeitskreis Internationales beschäftigt sich jeweils über einen gewissen Zeitraum mit verschiedenen Themen aus dem Bereich der internationalen Politik. Inhaltliche Schwerpunkte waren in der Vergangenheit u. a. der mögliche EU-Beitritt der Türkei, der Einsatz von Landminen in Krisengebieten und das Thema Entwicklungspolitik. Auch in Zukunft soll der Arbeitskreis Internationales offen sein für alle Jusos, die sich mit Politik gerne in einem etwas größeren Zusammenhang befassen, darüber diskutieren und in Zusammenarbeit mit Anderen eigene Konzepte erarbeiten möchten. Mögliche Themenfelder könnten z. B. die weltweiten Auswirkungen der Globalisierung, die Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens oder die Zukunft der Europäischen Union sein. In diesem Bereich wäre auch eine Zusammenarbeit mit der Fokusgruppe Europa des Juso-Bezirks und der Fokusgruppe Internationales des Juso-Landesverbandes möglich.

## 15 2. Projektarbeit

Es ist grundsätzlich – mit Zustimmung des Juso-Unterbezirksvorstandes - möglich, eigene Projektgruppen zu gründen. Diese müssen in verantwortungsbewusster Eigenregie geführt werden und richten sich nach den Richtlinien der Arbeitsgruppen und –kreise.

20

## 3. Seminare und inhaltliche Schulung

Um die Arbeit der Jusos im Unterbezirk Braunschweig voranzutreiben, wird der Unterbezirksvorstand aufgefordert, Wochenendseminare zu aktuellen oder interessanten Themen zu organisieren.

25 Als Ergänzung zu den Unterbezirkseminaren sollen weiterhin auch Juso- Bezirks-, Landes- und Bundesseminare wahrgenommen werden. Anmeldungen zu diesen Veranstaltungen laufen über den Juso-Unterbezirksvorstand.

## 30 4. Zukunftswerkstatt

Im Frühjahr nächsten Jahres soll nach 2002 wieder eine Zukunftswerkstatt stattfinden. Sie soll zweitägig an einem geeignet zu wählenden Wochenende stattfinden.

35 Die Zukunftswerkstatt soll Impulse für die inhaltliche Arbeit setzen aber auch Schwächen in der Juso-Arbeit finden und beheben. Auch die Zusammenarbeit der Jusos untereinander gilt es zu verbessern.

## 5. Juso-Aktionen

40 Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sollen die Jusos im Stadtbild zu finden sein. Aus diesem Grund wird der Juso-Unterbezirksvorstand aufgefordert, Aktionstage zu gestalten. Hierzu sollen „traditionelle“ Juso-Aktivitäten fortgeführt und gegebenenfalls neue entwickelt werden.

Zu den „traditionellen“ Aktionen gehören:

- die „24-Stunden-Aktion“ in der Innenstadt im Frühsommer mit einem Schwerpunktthema
- 45 ● das Fußballturnier im Spätsommer
- der Stand auf dem Magnifest im September

## 6. Spaß-Aktionen

50 Im den Zusammenhalt der Juso-Gruppe zu fördern und zu stärken, sollen auch in diesem Jahr wieder interne Spaß-Aktionen stattfinden.

- Wie im Jahr 2004 eingeführt, so soll es wieder eine Zeltfahrt im Sommer geben. Der Zeitraum ist so zu wählen, dass möglichst viele Jusos in Braunschweig die Möglichkeit haben, teilzunehmen.
- Auch eintägige Juso-Fahrten können angeboten werden.
- 55 ● Gesellige Zusammenkünfte soll es auch wieder geben, wie z.B. der Eurovision-Song-Contest oder ein weiterer Videoabend.
- Auch Wochenendbildungsfahrten soll es geben

## 7. Öffentlichkeitsarbeit

Subanzielle interne Arbeit allein ist nicht ausreichend. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger und vor allem die jungen Leute außerhalb der SPD die Arbeit des Juso-Unterbezirks auch tatsächlich wahrnehmen. Die persönliche Kontaktaufnahme und das persönliche Gespräch sind dabei von sehr hohem Wert. Darüber hinaus müssen wir verstärkt versuchen, Menschen über die zur Verfügung stehenden Medien zu erreichen. Die Anstrengungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sollen deshalb im nächsten Jahr intensiviert werden. Die im vorletzten Jahr eingeführte Idee eines Newsletters soll weitergeführt werden. Er hat sich als ein sinnvolles Instrument zur Weitergabe von Informationen –und Stellungnahmen an die Bürger erwiesen. Die Inhalte dieser Newsletter sollen in den Arbeitskreisen oder vom Unterbezirksvorstand bestimmt und erarbeitet werden. Dem Unterbezirksvorstand werden Texte vor Veröffentlichung zur Freigabe vorgelegt. Zusätzlich soll die Juso-Zeitung „Faust“ weiterentwickelt werden. Dabei ist es das Ziel, mindestens zwei bis drei Ausgaben pro Jahr zu erstellen und vor allem vor Schulen zu verteilen.

Ein Website-Team zur Aktualisierung der Juso-Homepage mit einem Verantwortlichen soll gebildet werden.

Weiterhin und verstärkt sollen Artikel für die SPD-Unterbezirks-Zeitung „Klinterklater“ verfassen werden.

In den letzten Jahren haben die Braunschweiger Zeitungen und Zeitschriften zu wenig über die Arbeit der Jusos berichtet. Möglichst alle Aktionen der Jusos sollen künftig durch eigene Pressemitteilungen und Fotos dokumentiert werden. Diese werden den Braunschweiger Printmedien (Braunschweiger Zeitung, Neue Braunschweiger, Subway, Dacapo) zugeleitet. Ebenfalls sollen inhaltliche Positionen der Jusos verschriftlicht und in Form von Pressemitteilungen an die Braunschweiger Zeitungen und Zeitschriften versandt werden. Zur Optimierung der Pressearbeit wird ein Presse-Team eingerichtet. Pressemitteilungen sind mit dem Unterbezirksvorstand abzustimmen. Weiter werden die Vertreter der Braunschweiger Presse regelmäßig zu Veranstaltungen und Pressegesprächen eingeladen. Ebenfalls soll erreicht werden, dass der Radiosender „Okerwelle“ über die Arbeit des Juso-Unterbezirks berichtet.

## 8. Netzwerkarbeit

### Intern

Die konstruktive Zusammenarbeit mit der AG60+ und dem AK Ausländer soll intensiv weiter fortgeführt und verbessert werden.

Auch soll überprüft werden, ob mit dem AG Bildung, dem AG Sozialdemokratischer Frauen und dem AG für Arbeitnehmerfragen in der SPD eine engere Zusammenarbeit bei bestimmten Themen möglich ist.

### Extern

Auch der Kontakt zu anderen Organisationen wie Amnesty International, Mondo, Friedensbündnis, Attac, Stadtschülerrat und Gewerkschaftsjugend soll aufgenommen werden, damit wir als Jusos und SPD wieder Fuß in allen gesellschaftlichen Gruppen fassen.

### Jeder einzelne

Natürlich ist auch jeder Genosse und jeder Juso daran interessiert, bei Vereinen, in der Schule, bei der Ausbildung oder im Studium, die Sozialdemokratische Idee in der Gesellschaft zu verankern.

## 9. Der Rote Salon

Die offene Diskussionsveranstaltung der Braunschweiger Jusos „Der Rote Salon“ ist in den vergangenen drei Jahren zu einer festen Institution geworden. Die Behandlung aktueller politischer Themen durch kompetente Referenten mit verschiedensten Hintergründen hat sowohl uns Jusos als auch interessiertes Publikum aus Braunschweig und Umgebung gelockt.

Der Juso-Unterbezirksvorstand möge weiterhin am Konzept dieser Veranstaltung festhalten und ihn regelmäßig fortführen.

5 **10. Protokolle**

Die Protokolle der Juso-Unterbezirkssitzungen sollen weiterhin von allen Jusos in alphabetischer Reihenfolge verfasst werden. Sie müssen spätestens zur nächsten Sitzung abgetippt und über den Verteiler gesandt worden sein. Ab sofort wird als Anreizsystem, die Protokolle rechtzeitig zu schreiben, eine Spardose eingeführt, in die pro Verspätungswoche 1 Euro eingezahlt werden muss! Für die erste Woche ist demnach 1 Euro fällig, in der zweiten weitere 2 Euro usw. Der Höchstbetrag beträgt 10 Euro. Die Einnahmen kommen am Ende des Jahres der Weihnachtsparty zu gute.

15

20

25

30

35

40

45

50

55

**Einstimmig angenommen**

10

## Antrag 1

Antragsteller: Juso Unterbezirksvorstand

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

### NEIN zu dieser „Gesundheitsreform“ 2006

10 „Gerechtigkeit gründet sich in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau.

*Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.*

15 *Gleiche Lebensformen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern Entfaltungsraum für individuelle Neigungen und Fähigkeiten aller.*

*Gerechtigkeit, das Recht auf gleiche Lebenschancen, muss mit den Mitteln staatlicher Macht angestrebt werden.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)*

20 I. „Leeres Wort des Armen Rechte, leeres Wort des Reichen Pflicht [...]“: Die „Gesundheitsreform 2003“

25 *„Wir streben eine Gesundheitssicherung an, bei der die Interessen der Versicherten Vorrang vor den Interessen der Ärzte, der Zahnärzte, der Pharmazieindustrie, der Heil- und Hilfsmittelanbieter und der Krankenhausträger haben. Die Krankenkassen müssen in den Stand gesetzt werden, die Rechte der Verbraucher gegen die Interessen der Anbieter durchzusetzen und das Interesse der Versicherten an Vorbeugung und kostengünstiger, aber wirksamen Heilverfahren stärken. [...]*

30 *Jedem Kranken ist, unabhängig vom Einkommen, eine Behandlung zu ermöglichen, die dem Stand der medizinischen Wissenschaft entspricht.[...]*

*In der gesetzlichen Krankenversicherung lehnen wir eine Kostenbeteiligung der Versicherten über die Beiträge hinaus ab.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)*

35 Im Sommer 2003 einigten sich die damalige rot-grüne Bundesregierung mit der Union auf eine „Reform“ des Gesundheitswesens, die von allen Beteiligten als Teil der „Jahrhundertreformen“ gefeiert wurde. Die verantwortliche Ministerin Ulla Schmidt sprach nach der Nacht, in der der entscheidende Durchbruch gelang, von der schönsten Nacht ihres Lebens. Die 2003 verabschiedete „Reform“ basierte auf einer einfachen Formel: Den Beitragszahlern wurde der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen drastisch gekürzt, dafür sollten die

40 Beitragszahler durch mehr „Eigenbeteiligung“ Lebensrisiken selber absichern. Als langfristiges Ziel wurde die Senkung der Lohnnebenkosten ausgegeben. Doch ein kritischer Blick auf die 2003 geschlossenen Änderungen zeigt, dass die existierenden Ungerechtigkeiten des deutschen Gesundheitssystems noch verschärft wurden.

45 „Reform“maßnahmen 2003 im Rückblick: keine Besserung für die Mitglieder der GKV

• Unter anderem wurde in einem zentralen Bereich der Krankenversicherung vom Prinzip der Parität abgewichen, das beinhaltet, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich die Lohnnebenkosten teilen. Das Krankengeld wurde aus der gesetzlichen Krankenversicherung genommen und muss nun von den Arbeitnehmern alleine durch eine private Absicherung finanziert werden. Eine finanzielle Mehrbelastung ist die Folge. Vom Prinzip der Parität wurde abgewichen.

50

• Alle Medikamente, die nicht verschreibungspflichtig sind, wurden aus dem dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen. Sie müssen seitdem von den Patienten alleine - ohne Zuschüsse der Krankenkasse - erworben werden. Gerade ältere und krankere Menschen sowie Familie haben Mehrbelastungen zu tragen.

55

- 5
- Alle erwachsenen Menschen, die als Beitragszahler oder über die Familienversicherung Mitglied der gesetzlichen Krankenkasse sind, müssen seit dem 01.04.2004 pro Quartal beim Arztbesuch ein Eintrittsgeld in Höhe von zehn Euro entrichten. Diese Praxisgebühr führt- wie alle Maßnahmen der „Reform“ von 2003- zu finanziellen Mehrbelastungen. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass die Praxisgebühr die Versicherten teilweise doppelt treffen kann, weil Zahnarzt- und Notarztbesuche durch eine extra Praxisgebühr abgedeckt werden. Die Idee der Praxisgebühr sollte verhindern, dass Versicherte nicht mehrere Allgemeinmediziner pro Quartal sowie Fachärzte ohne Überweisung ihres Hausarztes aufsuchen. Dieser prinzipiell wünschenswerte Ansatz wurde durch die Anwendung auf Allgemeinmediziner und Hausärzte aber umgekehrt, da die Versicherten durch die Praxisgebühr dazu neigen, Arztbesuche zu meiden beziehungsweise aufzuschieben. Durch die Praxisgebühr erhält das deutsche Gesundheitssystem einen faden Beigeschmack, weil sich einige Ärzte weigern, Menschen zu behandeln, die die Praxisgebühr nicht entrichten können. Patienten mit einer gebrochenen Hand wurden vor der Behandlung zum Geldautomaten geschickt, um das notwendige „Eintrittsgeld“ zu holen. Versicherte, die einen Hörsturz erlitten hatten, wurden wegen fehlender Praxisgebühr wieder nach Hause geschickt.
  - Der Anteil der Zuzahlungen auf verschreibungspflichtige Medikamente hat drastisch zugenommen, weil die Patienten seitdem mindestens zehn Prozent der Kosten selber tragen müssen. Auch diesbezüglich gilt, dass Chronischkranke, ältere sowie sozial schlechter gestellte Menschen besonders unter diesen Belastungen leiden.
  - Eine generelle Zuzahlung von 10% auf alle Leistungen muss entrichtet werden. Die Begrenzung dieses Betrages auf 2 % des Einkommens ist eine willkürliche Grenze, die kaum kontrollierbar erscheint. Es wurde auch missachtet, dass chronisch kranke Menschen aufgrund ihrer Krankheit in der Regel ein geringeres Einkommen haben.
- 10
- 15
- 20
- 25

#### Die Streichung des Zahnersatzes

30 *„Es gibt Vorschläge, den Zahnersatz oder gar die Zahnbehandlung nicht mehr von den Krankenkassen zahlen zu lassen. Ich halte das nicht für richtig. [...] Ich möchte nicht, dass man den sozialen Status der Menschen wieder an ihren Zähnen erkennen kann.“ (Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag im März 2003)*

35 Dennoch wurde der Zahnersatz 2003 aus dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen und muss seit Januar 2005 von den Versicherten selbst **vollständig** getragen werden. Gerade die Streichung des Zahnersatzes aus dem gesetzlichen Leistungskatalog verdeutlicht die soziale Schieflage der „Reform“ von 2003: Wer sich die private Versicherung für den Zahnersatz nicht leisten kann, bleibt auf der Strecke. Der soziale Status eines Menschen kann in Deutschland nun wieder an seinen Zähnen gesehen werden. Leeres Wort des Armen Rechte...

40

#### Die Streichung der Sehhilfen

45 Die Streichung der Zuschüsse für Sehhilfen aus dem gesetzlichen Leistungskatalog ab dem 18. Lebensjahr dient vollkommen der Kostenumschichtung auf die Patienten. Es ist erwiesen, dass die meisten Sehschwächen genetisch bedingt oder aber auf Altersursachen zurückzuführen sind. Die willkürliche Grenze für die ersatzlose Streichung von Sehhilfen im Alter von 18 Jahren erscheint unsinnig und benachteiligt wiederum sozial schwächer gestellte Menschen sowie Familien.

50

#### Das Privileg der Lobby im deutschen Gesundheitswesen

55 Privatpatienten wurden durch die Änderungen des Jahres 2003 nicht von den Gesetzgebern in die Verantwortung genommen. Die Lobby im Gesundheitssystem, die Pharmazie, Apotheker, die Kassenärztliche Vereinigung sowie die Fachärzte haben ihre privilegierte Stellung mithilfe der Union halten konnten. Maßnahmen, die den Einfluss dieser Gruppen hätten einschränken können, wurden von der Union größtenteils verhindert.

- Eine Positivliste, die verhindert, dass Medikamente unter einem anderen Namen wieder auf den Markt gebracht werden, wurde von Roland Koch unter Druck der Lobby verhindert.
- Die Macht der Kassenärztlichen Vereinigung wurde nicht beschnitten.
- 5 • Die Patientenquittung, in der der Patient die Behandlung abzeichnet, ist nicht obligatorisch, sondern nur auf Wunsch möglich.
- Die elektronische Chipkarte wurde noch nicht eingeführt.
- Privatversicherte wurden nicht an den Kosten des öffentlichen Gesundheitssystems beteiligt.
- 10 • Die Situation der Gesetzlichkrankenversicherten hat sich gegenüber den Privatpatienten nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Zwei- Klassen Medizin des deutschen Gesundheitssystems wurde durch die Änderungen des Jahres 2003 zementiert.
- Die Beitragsbemessungsgrenze wurde nicht abgeschafft.
- Die Macht der Fachärzte wurde nicht angetastet.
- 15 • Die Kosten für Medikamente konnten entgegen den Absichten in der Agenda 2010 nicht deutlich gesenkt werden. Die Medikamentenpreise können nicht zwischen Krankenkassen und Herstellern frei verhandelt werden; es bleibt dem Preisdiktat der Hersteller!

## 20 Unsere Position 2003

Wir Jusos in Braunschweig haben die „Gesundheitsreform“ 2003 vollständig abgelehnt, weil wir sie als *ungerecht, unsolidarisch* und *perspektivlos* gesehen haben. Als Momentaufnahme ohne nachhaltige Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung erschien sie uns *nicht*  
25 *zukunftssträchtig*. Mit großer Sorge haben wir Jusos in Braunschweig darauf hingewiesen, dass ältere, kränkere und sozial schlechter gestellte Menschen durch diese Änderungen überproportional hart getroffen werden und Privatpatienten, Lobby sowie die Arbeitgeber aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entlassen werden. Was wird aus denjenigen, die sich eine private Versicherung des Krankengeldes und des Zahnersatzes nicht leisten können?  
30 Folgende Worte Gerhard Schröders in der Regierungserklärung zur Agenda 2010 vom März 2003 klingen nach der Gesundheits“reform“ 2003 wie blanker Hohn:

*„Für uns bleibt es beim Grundsatz: Jede und jeder erhält die notwendige medizinische Versorgung, und zwar unabhängig von Alter und Einkommen.“*

35

### II. Die Reformnotwendigkeit des deutschen Gesundheitssystem

„Das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung im Gesundheitswesen ist nahezu  
40 verschwunden.“(Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag im März 2003)

Wir Jusos in Braunschweig weisen an dieser Stelle ausdrücklich darauf hin, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in den letzten dreißig Jahren nahezu konstant geblieben sind. Auch der Anteil der Gesundheitskosten am erwirtschafteten  
45 Bruttoinlandsprodukt ist mit etwa 10 Prozent seit drei Jahrzehnten gleich hoch. Dennoch ergeben sich Probleme aus finanzieller Sicht:

- Die Abgaben der Beitragszahler wachsen seit geraumer Zeit unproportional. Weil die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in den letzten Jahren eher stagnieren und Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld wegfielen oder stark geschnitten wurden, die Teilbeschäftigung bedeutender geworden ist, fielen die Beiträge der Versicherten geringer aus. Außerdem wurden die Beitragszahlungen des Staates für arbeitssuchende Menschen wiederholt gesenkt, um die Arbeitslosenversicherung zu entlasten. Deshalb waren Beitragssteigerungen in den letzten Jahren notwendig, um die entstandene Finanzlücke zu schließen.
- 55 • Nicht alle Bürgerinnen und Bürger sind in die GKV eingebunden. Gerade weil junge, überdurchschnittlich verdienende Menschen, die seltener Leistungen beziehen, in die PKV wechseln, hat die GKV Einnahmen verloren.

- Das deutsche Gesundheitssystem ist von strukturellen Problemen geprägt, die unserer Meinung nach nur durch eine Strukturreform behoben werden können. Ein effizientes Gesundheitssystem darf präventive Behandlungen nicht weiter zurückdrängen, sondern muss Behandlungsleitlinien entwickeln. Gerade aus jungsozialistischer Perspektive ergibt sich eine Beseitigung der Zwei-Klassen-Medizin.
- Außerdem soll ein fairer Wettbewerb zwischen der GKV sowie der PKV erreicht werden. Bisher waren die Mitglieder der PKV und die PKV in einer privilegierten Position, da sie sich ihre Mitglieder aussuchen konnten.
- Die Einnahmen der Gesetzlichen Krankenkassen müssen stabilisiert und konjunkturunabhängig gemacht werden.
- Die Lohnnebenkosten müssen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gesenkt werden; langfristig muss das deutsche Gesundheitssystem stärker steuerfinanziert sein.
- Die wirtschaftliche und demografische Situation trägt zur weiteren Verschlechterung der Einnahmenseite bei.
- Das Nebeneinander paralleler Versicherungssysteme mit unterschiedlichen Strukturen und ungleichen Wettbewerbsbedingungen ist verbunden mit dem Anreiz, Privatpatienten besser und prioritär zu behandeln.

Aber: Die durchschnittlichen Kosten der PKV pro Versicherten sind jedoch trotz der günstigeren Risikostruktur deutlich höher als in der GKV. Außerdem sind die Verwaltungskosten der privaten Krankenversicherer deutlich höher als die der GKV.

- Weil bestimmte gesellschaftliche Gruppen (Selbstständige, Beamte) sowie einkommensstarke Angestellte mit guten Gesundheitsrisiken sich dem System der GKV entziehen, hat sich die Einnahmesituation der GKV weiterhin verschlechtert. In den letzten zwanzig Jahren haben im Saldo rund vier Millionen Personen die GKV Richtung PKV verlassen. Es handelt sich dabei überwiegend um gut verdienende, gesunde und freiwillig Versicherte in der GKV.
- Für viele jüngere Personen mit überdurchschnittlichen Einkommen sind die Leistungen in der PKV wegen der fehlenden Umverteilung derzeit deutlich besser bei gleichzeitig niedrigeren Beiträgen. So beträgt der monatliche Beitrag für einen freiwillig Versicherten in der GKV knapp oberhalb der Beitragsbemessungsgrenzen von 3562,50 € bei einem durchschnittlichen Beitragssatz von 14,2 % rund 500 € pro Monat. Die Prämienhöhe in der PKV ist dagegen abhängig vom Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand und Umfang der Versicherung. Für einen dreißig Jährigen gesunden Mann beträgt die monatliche Prämie für eine Vollversicherung in der PKV etwa 127,91 €. Die durchschnittlichen Ausgaben für eine voll versicherte Person in der PKV betragen im Jahr 2003 sogar nur 120 € pro Monat.
- Der Abgang an guten Risiken mit hohem Einkommen von der GKV in die PKV erzwang automatisch weitere Leistungskürzungen und Beitragssteigerungen in der GKV. Dadurch steigt die Zahl derjenigen, die zur PKV wechseln.
- Dieser Trend setzt sich durch die Einführung des Gesundheitsfonds und den damit verbundenen Beitragssteigerungen fort. Die unfaire Konkurrenz von PKV und GKV verhindert eine stabilere Einnahmenentwicklung der GKV.
- Die Mitglieder der PKV beteiligen sich weder am Einkommensausgleich für Personen mit geringem Einkommen noch an den Aufwendungen für versicherungsfremde Leistungen. Sie beteiligen sich außerdem nicht an dem Risikostrukturausgleich für Kassen mit vielen Schwer- und chronisch Kranken.

### III. Gesundheitsreform 2006: sinnvolle Maßnahmen?

#### 50 a): Der Gesundheitsfonds: keine Beteiligung der Privatversicherten

Der eingerichtete Gesundheitsfonds kann von uns Jusos in Braunschweig nur akzeptiert werden, wenn die Privatversicherten an ihm beteiligt sind und damit ihren Beitrag zur solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems leisten. Da aber die Privatversicherten nicht an diesem Gesundheitsfonds und seiner Finanzierung beteiligt sind, lehnen wir den Fond in seiner jetzigen Form ab.

Dabei spielt für uns Braunschweiger Jusos das Faktum, dass durch diesen Fonds die privilegierten Privatversicherten nicht zur Finanzierung der Solidargemeinschaft herangezogen werden, eine Schlüsselrolle.

5 Dabei ist uns bewusst, dass der Gesundheitsfonds nur als Übergangslösung installiert wurde, die einen Systemwechsel sowohl zur solidarischen Bürgerversicherung als auch zur Kopfpauschale der Union offen hält.

Es besteht unserer Meinung nach außerdem die Gefahr, dass sich der Gesundheitsfonds zu einem bürokratischen Monstrum entwickeln könnte, der mehr Bürokratie, den gesetzlich Versicherten aber keine weiteren Leistungen bringt.

10 Die Absicht, diesen Fonds erst dann zu starten, wenn alle Kassen entschuldet sind, dürfte sich als Illusion erweisen, weil die Finanzsituation aller Kassen erst überprüft werden muss.

#### b) Die Extraprämie: Systemwechsel in Richtung Kopfpauschale

15 Wir Braunschweiger Jusos lehnen die Absicht kategorisch ab, den gesetzlich Versicherten einen Sonderbeitrag abzuverlangen, sofern die Krankenkasse mit dem ihr zugewiesenen Budget aus dem Fonds nicht auskommt. Kassen, die diese kleine Kopfpauschale erheben, müssen ihre Mitglieder auf die Möglichkeit eines Kassenwechsels hinweisen.

20 Dieser Sonderbeitrag, auch Prämie, Zusatzbeitrag oder Bonus genannt, der bis zu 40 € monatlich betragen könnte, stellt für uns Jusos eine kleine Kopfpauschale dar. Gerade die Bezieher kleinerer Einkommen, Familien, Rentner, Kranke sowie ältere Menschen werden durch diese Extraprämie härter getroffen als gesunde und gut verdienende Versicherte. Auch unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit weisen wir diese kleine Kopfpauschale zurück. Gesetzliche Krankenkassen wie beispielsweise die Techniker Krankenkasse, deren Mitglieder

25 hingegen die kleine Kopfpauschale erlassen, sofern sie mit dem ihnen zugewiesenen Betrag auskommen.

Wir lehnen jegliche Formen von Sonderzahlungen und Kopfpauschalen für die gesetzliche Versicherten ab.

#### c) Der gesetzliche Leistungskatalog

30 Wir begrüßen, dass es keine weiteren Kürzungen des gesetzlichen Leistungskataloges geben soll.

Wir Braunschweiger Jusos stellen aber auch fest, dass der gesetzliche Leistungskatalog durch die Kürzung des Jahres 2003 zu stark zusammengestrichen wurde.

35

#### d) Der Finanzausgleich

Der Finanzausgleich, der seit Mitte der neunziger Jahre existiert, soll verhindern, dass eine Kasse benachteiligt wird, wenn sie viele kranke, ältere und schlechter verdienende Menschen aufnimmt. Die Verteilungsrolle der Gelder soll nun der Fonds übernehmen.

40 Die Absicht der Union, anhand einer wissenschaftlichen Untersuchung etwa 50 Krankheiten fest zulegen, für die die Kosten ausgeglichen werden sollen, lehnen wir ab.

Darunter fallen nach Absicht der Union auch alle Krankheiten, für die die Patienten nach Interpretation von CDU/CSU die Risiken trage.

45 Wir begrüßen die Absicht der SPD, diesen Finanzausgleich stärker anzuwenden, um möglichst viele Krankheitskosten auszugleichen und die Attraktivität der gesetzlichen Krankenkassen zu erhöhen.

Die eingebaute Länderschutzklausel begrüßen wir Jusos tendenziell. Diese Klausel wurde eingeführt, um regionale Belastungssprünge durch Einführung des Fonds zu vermeiden. Es soll sichergestellt werden, dass die Belastungen für Länder mit finanzstarken Kassen maximal um

50 100 Millionen Euro im Jahr steigen.

#### e) Der Arbeitgeberbeitrag

55 Wir Braunschweiger Jusos lehnen das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages strikt ab. Wir stehen zur paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Leider konnte die paritätische Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern nur teilweise erreicht werden, da unter anderem die Streichung des Arbeitgeberbeitrages im Rahmen der 2003 beschlossenen „Reform“ nicht rückgängig gemacht wurde.

#### f) Arzneimittelpreise

Die eingeführte Möglichkeit, dass Kassen und Apotheken über die Höchstpreise für Medikamente verhandeln können, reicht uns nicht aus. Unserer Meinung nach sollte dies nicht eine Option, sondern eine Pflicht sein!

- 5 Mit diesem Gedanken ist bereits 2003 gespielt worden; allerdings haben die Einflüsse der Lobby eine Umsetzung dieses sinnvollen Schrittes verhindert!

Außerdem missfällt uns Jusos an den Eckdaten dieser „Reform“:

- Chronisch Kranke werden nicht finanziell entlastet.
- 10 • Das Prinzip der Prävention bleibt zu stark im Hintergrund. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die GKV ihren Mitgliedern aufgrund der durch diese „Reform“ verschlechterten Finanzsituation Präventivmaßnahmen bieten können.
- Die Absicht, die Zweitmeinung eines „fachlich besonders ausgewiesenen Arztes“ darüber einzuholen, ob ein Patient besonders teure Medikamente und/oder eine aufwendige Untersuchung benötigt. Dadurch steht nicht die Würde und Gesundheit des Menschen, sondern die finanzielle Situation im Vordergrund. Es besteht die Gefahr, nach allgemeiner Kassenlage zu entscheiden und damit Menschen die notwendige Medizin zu verweigern!
- 15 • Durch die für 2009 geplante Einführung des Gesundheitsfonds besteht für diejenigen gesetzlich Versicherten, die aufgrund ihrer finanziellen Situation einen (verhältnismäßig) geringen Beitrag zahlen, die Gefahr, dass es –neben der Erhöhung der Beiträge zum 01.01.2007- zu einer weiteren Beitragserhöhung kommt. Diejenigen, die heute hingegen einen höheren Beitrag zahlen, könnten eher entlastet werden.
- 20

#### 25 IV. Unser Leitbild: gerecht, sozial und nachhaltig: Die Bürgerversicherung

30 *„Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt. [...] Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht. Ohne diesen Fortschritt hätte der Rückschritt freie Bahn. [...]“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)*

35 Wer gesundheitlich beeinträchtigt ist, braucht uneingeschränkte Hilfe. Deshalb gilt gerade aus jungsozialistischer Perspektive, ein Gesundheitssystem zu etablieren, dass die Behandlung und Heilung von Krankheiten im weitesten Sinne gewährleistet und darüber hinaus Prävention finanziert. Dazu gehört, dass sämtliche medizinisch notwendigen Leistungen durch die Beiträge der Versicherten abgedeckt sind.

40 Wir Jusos fordern nach wie vor den Systemwechsel zur solidarischen Bürgerversicherung. Wir wollen die Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung stärken und nicht abbauen.

Jegliche Formen der Kopfpauschale lehnen wir ausdrücklich und kompromisslos ab! Dieses Modell ist nur attraktiv für Besserverdienende, deren Abgaben an das Gesundheitssystem dadurch spürbar gesenkt werden. Für uns Jusos gilt hingegen, dass jede und jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten einen entsprechenden Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens zu tragen hat. Für uns gilt im besonderen Maße die Maxime, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

50 Wir stehen für den Umbau, keinesfalls aber für den Abbau von Sozialleistungen. Auch wenn die Union den Weg zur solidarischen Bürgerversicherung verhindern möchte, kann diese aus jungsozialistischer Perspektive nur Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik sein.

55 Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen muss und eine dauerhafte Teilhabe am medizinischen Fortschritt und

jeglicher Versorgung garantiert. Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten über ihren gesetzlichen Beitrag hinaus lehnen wir ab.

5 Die Qualität der Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Eine Zwei- Klassen- Medizin, die sozial benachteiligte Menschen von der medizinischen Versorgung ausschließt, lehnen wir ab. Wir wollen die präventive Behandlungen der Patientinnen und Patienten stärken.

10 Wir Jusos in Braunschweig sprechen uns neben dem Systemwechsel zur Bürgerversicherung auch für eine stärkere Steuerfinanzierung des deutschen Gesundheitssystems aus. Ansonsten wären weitere Leistungskürzungen, neue Beitragssteigerungen und höhere Zuzahlungen unvermeidbar. Ein Umstieg auf einen höheren Steueranteil bei gleichzeitiger Senkung der Beitragssätze könnte die gesamte Abgabenquote der deutschen Volkswirtschaft unverändert lassen.

15 Wir Jusos fordern, dass jeder Bürger ohne Gesundheitsprüfung von jeder Versicherung aufgenommen werden muss, um einen fairen Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Kranken zu schaffen.

20 Deswegen setzen wir Jusos in Braunschweig uns für die solidarische Bürgerversicherung ein, die alle versichert. Alle zahlen für alle mit allem: Selbstständige, Beamte und Abgeordnete sollen in die gesetzliche Krankenkasse miteinbezogen- ebenso alle Zins- und Kapitaleinkünfte. Fast alle anderen europäischen Länder haben diese Grundlagen der Bürgerversicherung in die Finanzierung der Krankenversicherung integriert. Gleichzeitig sollen Familien, niedrige und  
25 mittlere Einkommen durch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze entlastet werden. Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen und Kinder werden weiterhin beitragsfrei mitversichert.

30 *Unsere Anforderungen an die solidarischen Bürgerversicherung sind:*

- Einkommensbezogene Beiträge: Jede/r zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit aus den Erwerbs- und Kapitaleinkommen seine Beiträge. Lohnbezogene Beiträge werden paritätisch versichert. Ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge scheidet aus.
- Kontrahierungszwang: Jede Versicherung muss jeden ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen.
- Gesetzlicher Leistungskatalog: alles medizinisch notwendige soll vollständig versichert werden. Das beinhaltet die Rücknahme aller 2003 aus dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen Leistungen wie beispielsweise Krankengeld, Sehhilfen, Zahnersatz.
- Sachleistungsprinzip: Patientinnen und Patienten erhalten die Leistungen unmittelbar und müssen sie nicht im voraus bezahlen.
- Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

45 Weitere sinnvolle Reformbaustellen:

Neben der Einführung der Bürgerversicherung sprechen wir Braunschweiger Jusos uns für weitere Reformschritte im deutschen Gesundheitswesen aus:

- Die Einführung einer Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln und die Einführung einer Arzneimittelpositivliste.
- Die Erleichterung von kassenartübergreifenden Fusionen, um die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen (derzeit ca. 350) zu vermindern und die Wirtschaftlichkeit zu stärken. Langfristig setzen wir uns für die Schaffung einer gemeinsamen gesetzlichen Krankenkasse für alle Versicherten ein.
- Die weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung
- Die (weitere) Erleichterung der Gründung Medizinischer Versorgungszentren
- Eine bessere Vernetzung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung durch den weiteren Ausbau der integrierten Versorgung
- Die flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenkarte
- Die Stärkung der Allgemeinmediziner und der Hausärzte

V. Fazit: eine perspektivlose „Reform“, die die Systemfrage nicht stellt

5 „Hoffnung entsteht nicht aus dem Verdrängen von Gefährdungen, sondern aus Aufklärung im öffentlichen Dialog. Reformpolitik setzt Hoffnung. Wo sogar das Bewahrenswerte nur durch Reform zu retten ist, wird Reformarbeit zur einzig verantwortbaren Politik.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989)

10 Der Abbau der Zwei- Klassen- Medizin in Deutschland wurde nicht erreicht, weil die PKV weiterhin einen größeren Leistungskatalog haben und Ärzte wie Kliniken für jede einzelne Leistung besser vergütet werden.

15 Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung konnten nur durch steigende Beiträge, keinesfalls aber durch einen Systemwechsel mit Vergrößerung der finanziellen Basis erreicht werden. Die Privatversicherten sind nach wie vor nicht an der Finanzierung des Solidarsystems beteiligt, weil sie keine Beiträge in den Gesundheitsfonds einzahlen müssen.

20 Der nur für die GKV eingerichtete Gesundheitsfonds erscheint uns Braunschweiger Jusos deswegen sinnlos. Gleichzeitig werden zusätzliche Probleme geschaffen, weil er die GKV vor einen Umstrukturierungsprozess stellt.

25 Wir Jusos sehen mit Besorgnis, dass die Gesundheitsprämie den Einstieg in das System der Kopfpauschale darstellt. Da viele gesetzliche Krankenkassen mit den ihnen durch den Fond zugeteilten Mitteln nicht auskommen werden, sind sie gezwungen, einen Zusatzbeitrag in Form der kleinen Kopfpauschale zu erheben. Wenn eine gesetzliche Krankenkasse im Gegensatz zu ihrer Konkurrenz einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erhebt, könnte sie ihre Gutverdiener an die Konkurrenzkasse verlieren. Damit ist der Einstieg in das System der Kopfpauschalen gemacht.

30 Wir Braunschweiger Jusos sehen in der Gesundheitsreform 2006 keine Vorteile für die Mitglieder der GKV. Wir können an den Eckpunkten dieser „Reform“ auch nicht erkennen, dass sich der Beitrag des Einzelnen nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit richtet. Unserer Meinung nach sind die im Rahmen dieser „Reform“ geplanten Konzepte nicht fähig, die strukturellen Probleme unseres Gesundheitssystems zu lösen. Es handelt sich folglich- wie 2003- nur um eine Flickenschusterei.

35 Wir Jusos haben uns im Bundestagswahlkampf 2005 intensiv für die SPD engagiert. Ein zentraler inhaltlicher Aspekt für unser Engagement stellte die Idee der solidarischen Bürgerversicherung da, die unserer Meinung nach den Umbau anstelle des Abbau des Sozialstaates voranbringt. In sozialen Fragen hat die Sozialdemokratie wegen ihrer Positionen im Gesundheitswesen das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler gewonnen, das durch den Gesundheitskompromiss 2006 verspielt wird.

40 Wir Braunschweiger Jusos bewerten jegliche Maßnahmen im Gesundheitswesen unter dem Gesichtspunkt der solidarischen Bürgerversicherung, die von Parteitag und Parteirat eckpunktartig umrissen worden ist. Nur wenn die im Rahmen von Reformen eingeführten Maßnahmen in Richtung solidarischer Bürgerversicherung gehen, kann die SPD das Vertrauen der Menschen in sozialdemokratische Reformpolitik, den Umbau statt Abbau, wiedergewinnen.

45 *Dieses ist leider bei dem Gesundheitskompromiss 2006 von Union und SPD nicht der Fall. Deswegen lehnen wir Jusos in Braunschweig die „Gesundheitsreform 2006“ mit all ihren Bausteinen vollständig ab!*

55 *„Es ist an uns, die Dinge niemals ihrem Lauf zu lassen, sondern uns immer wieder um angemessene Lösungen zu bemühen.“ (Willy Brandt)*

**Einstimmig angenommen**

Weiterleitung an: Bezirkskonferenz der JungsozialistInnen

Einstimmig angenommen

Antrag 2

5 Antragsteller: Juso-Unterbezirksvorstand

Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

10 Unser Leitbild: gerecht, sozial und nachhaltig: Die Bürgerversicherung

Wir Jusos fordern nach wie vor den Systemwechsel zur solidarischen Bürgerversicherung. Wir wollen die Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung stärken und nicht abbauen.

15 Jegliche Formen der Kopfpauschale lehnen wir ausdrücklich und kompromisslos ab! Dieses Modell ist nur attraktiv für Besserverdienende, deren Abgaben an das Gesundheitssystem dadurch spürbar gesenkt werden. Für uns Jusos gilt hingegen, dass jede und jeder im Rahmen seiner Möglichkeiten einen entsprechenden Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens zu tragen hat. Für uns gilt im  
20 besonderen Maße die Maxime, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

Wir stehen für den Umbau, keinesfalls aber für den Abbau von Sozialleistungen. Auch wenn die Union den Weg zur solidarischen Bürgerversicherung verhindern möchte, kann diese aus jungsozialistischer Perspektive nur Ziel sozialdemokratischer  
25 Gesundheitspolitik sein.

Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen unabhängig vom Einkommen zur Verfügung stehen muss und eine dauerhafte Teilhabe am medizinischen Fortschritt und jeglicher Versorgung garantiert. Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten über ihren gesetzlichen Beitrag hinaus lehnen wir ab.  
30

Die Qualität der Versorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger im Zentrum stehen. Eine Zwei-Klassen-Medizin, die sozial benachteiligte Menschen von der medizinischen Versorgung ausschließt, lehnen wir ab. Wir wollen die präventive Behandlungen der Patientinnen und Patienten stärken.  
35

Wir Jusos in Braunschweig sprechen uns neben dem Systemwechsel zur Bürgerversicherung auch für eine stärkere Steuerfinanzierung des deutschen Gesundheitssystems aus. Ansonsten wären weitere Leistungskürzungen, neue Beitragssteigerungen und höhere Zuzahlungen unvermeidbar. Ein Umstieg auf einen höheren Steueranteil bei gleichzeitiger Senkung der Beitragssätze könnte die gesamte Abgabenquote der deutschen Volkswirtschaft unverändert lassen.  
40

45 Wir Jusos fordern, dass jeder Bürger ohne Gesundheitsprüfung von jeder Versicherung aufgenommen werden muss, um einen fairen Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Kranken zu schaffen.

50 Deswegen setzen wir Jusos in Braunschweig uns für die solidarische Bürgerversicherung ein, die alle versichert. Alle zahlen für alle mit allem: Selbstständige, Beamte und Abgeordnete sollen in die gesetzliche Krankenkasse miteinbezogen- ebenso alle Zins- und Kapitaleinkünfte. Fast alle anderen europäischen Länder haben diese Grundlagen der Bürgerversicherung in die Finanzierung der Krankenversicherung integriert. Gleichzeitig sollen Familien, niedrige und mittlere Einkommen durch die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze entlastet werden.

Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen und Kinder werden weiterhin beitragsfrei mitversichert.

5 ***Unsere Anforderungen an die solidarischen Bürgerversicherung sind:***

- Einkommensbezogene Beiträge: Jede/r zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit aus den Erwerbs- und Kapitaleinkommen seine Beiträge. Lohnbezogene Beiträge werden paritätisch versichert. Ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge scheidet aus.

10 • Kontrahierungszwang: Jede Versicherung muss jeden ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen.

- Gesetzlicher Leistungskatalog: alles medizinisch notwendige soll vollständig versichert werden. Das beinhaltet die Rücknahme aller 2003 aus dem gesetzlichen Leistungskatalog gestrichen Leistungen wie beispielsweise Krankengeld, Sehhilfen, Zahnersatz.

15 • Sachleistungsprinzip: Patientinnen und Patienten erhalten die Leistungen unmittelbar und müssen sie nicht im voraus bezahlen.

- Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze

20 **Weitere sinnvolle Reformbaustellen:**

Neben der Einführung der Bürgerversicherung sprechen wir Braunschweiger Jusos uns für weitere Reformschritte im deutschen Gesundheitswesen aus:

25 • Die Einführung einer Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln und die Einführung einer Arzneimittellisten.

- Die Erleichterung von kassenartübergreifenden Fusionen, um die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen (derzeit ca. 350) zu vermindern und die Wirtschaftlichkeit zu stärken. Langfristig setzen wir uns für die Schaffung einer gemeinsamen gesetzlichen Krankenkasse für alle Versicherten ein.

30 • Die weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung

- Die (weitere) Erleichterung der Gründung Medizinischer Versorgungszentren

- Eine bessere Vernetzung zwischen stationärer und ambulanter Versorgung durch den weiteren Ausbau der integrierten Versorgung

- Die flächendeckende Einführung der elektronischen Patientenkarte

35 • **Die Stärkung der Allgemeinmediziner und der Hausärzte**

40

45

50

55 **Einstimmig angenommen**

**Weiterleitung an:** Unterbezirksausschuss der SPD in Braunschweig  
Bezirkskonferenz der JungsozialistInnen

30

## Antrag 2

Antragsteller: Anne Grotzinger, Nadine Hermann

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

### Das Elterngeld ist nicht der Weisheit letzter Schluss

- 10 Wir Jusos im Unterbezirk Braunschweig lehnen das Elterngeld in der jetzigen Form ab. Wir fordern die Jusos in Braunschweig auf, die Diskussion um das Elterngeld, die im Sommer begonnen wurde, wieder aufzunehmen und folgende damals getroffene Kritikpunkte in die weitere Diskussion mit aufzunehmen:
- 15 Der Bundesfamilienministerin von der Leyen ist der Irrtum unterlaufen, dass es nach der Einführung des Elterngeldes am 01. Januar 2007 allen Familien finanziell besser gehe. Tatsächlich geht es allen Familien mit niedrigem Einkommen, die bisher Anspruch auf Erziehungsgeld hatten, finanziell schlechter. Wir stellen fest:
- 20 **1. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein!**  
Das Elterngeld ist ein Lohnausgleich von 67% des ausfallenden Nettoeinkommens: mindestens 300€ und höchstens 1800€. Das Elterngeld wird für 12 Monate gezahlt und kann auf 14 Monate verlängert werden, wenn beide Elternteile mindestens 2 Monate für die Erziehung ihres Kindes beruflich kürzer treten, also weniger als 30 Stunden pro Woche arbeiten.  
Falls beide Elternteile berufstätig sind, kann der beschäftigte Partner während der
- 25 Erziehungszeit als Alleinverdiener in die günstigere Steuerklasse III eingestuft werden. Obwohl nur ein Elternteil zu dieser Zeit berufstätig ist, soll der Familie so im Idealfall sogar mehr Geld zur Verfügung stehen.
- 30 Das Elterngeld ist besonders für junge Paare ein Anreiz, sich für ein Kind zu entscheiden, da sie während des Erziehungsurlaubs nicht vollständig auf das Einkommen eines Partners verzichten müssen und anschließend ins Berufsleben zurückkehren können.
- 35 Die Kehrseite der Medaille ist allerdings eine Schlechterstellung von bis zu 340.000 sozial schwachen Familien. Während das Erziehungsgeld noch über 24 Monate nur an bedürftige Familien (besonders Geringverdiener und Arbeitslose) gezahlt wird, werden nun auch bessergestellte Familien Elterngeld erhalten.
- 40 Eine Kassiererin mit einem Minijob von 400 EUR würde so maximal 388 EUR erhalten, diese aber nur über 12 Monate statt wie bisher 300 EUR für 24 Monate. Eine Angestellte mit mindestens 2700 EUR Einkommen - die nach dem jetzigen Erziehungsgeldgesetz nicht bedürftig wäre - würde den vollen Satz von 1800 EUR Elterngeld erhalten. Dies ist eine deutliche Benachteiligung sozial schwacher Familien.
- 45 **2. Immer noch keine Gleichberechtigung von Frau und Mann!**  
Das Erziehungsgeld verfestigt durch den gezahlten Pauschalbetrag immer noch das traditionelle Familienbild mit dem Vater als Ernährer und der Mutter als Erzieherin und Haushälterin. Deshalb ist eine Erneuerung von Nöten.
- 50 Generell ist die Idee des Elterngeldes, beide Partner in die Erziehung des Neugeborenen einzubeziehen, ein guter Gedanke zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Leider werden in vielen Fällen die 2 „Vätermonate“ - wie es die CDU nennt - nicht realisierbar sein.
- 55 Ein männlicher Angestellter müsste seinem Arbeitgeber rechtzeitig erklären, dass er mindestens 2 Monate nicht arbeiten wird. Schnell wird der Arbeitgeber den zukünftigen Vater

davon überzeugt haben, dass er seinen Arbeitsplatz verliere, nutze er die Elternzeit. Die Firma könne es sich schließlich nicht leisten, den Arbeitsplatz freizuhalten.

5 Die 2 „Vätermonate“ stellen keine wirkliche Verbesserung der Gleichberechtigung von Mann und Frau dar. Sie legen eher noch den Eltern Steine in den Weg, die gerne den vollständigen Erziehungsurlaub nehmen wollen und nun kein Anrecht auf die letzten 2 Monate Elterngeld hätten.

Die Aufteilung des Erziehungsurlaubs sollte die eigene Entscheidung der Eltern sein.

10

15

20

25

30

35

40

45

50

**Weiterleitung als Material an den Unterbezirksvorstand der JungsozialistInnen in Braunschweig**

### Antrag 3

#### Antragsteller: AK Bildung über Juso-Unterbezirksvorstand

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

#### Politikunterricht schwarz- gelb oder: Der Untertan

##### I: NEIN zum Fach Politik- Wirtschaft

10

Die Jusos lehnen das von der niedersächsischen Landesregierung anstelle des Faches Politik eingeführte Fach Politik- Wirtschaft entschieden ab.

15

Uns Jusos bereiten die angedachten Lerninhalte große Sorgen, da für die Ermittlung der Curricula mit wirtschaftsnahen Stiftungen kooperiert wird. Dadurch ist das Fach Politik- Wirtschaft zu wirtschaftsnah; betriebswirtschaftliche Inhalte ersetzen die bisherigen volkswirtschaftlichen Aspekte und Theorien. Außerdem treten gesellschaftskritische Aspekte deutlich in den Hintergrund, die in der bisherigen sozialwissenschaftlichen Prägung des Faches (Soziologie, Politologie) in den Curricula wesentliche Rolle gespielt haben. Die Absicht der niedersächsischen Landesregierung, „ein ökonomisches Grundwissen zu vermitteln“, spiegelt die gefährliche Tendenz wider, die momentane Hegemonie neoliberalen Gedankenguts der jungen Generation zu vermitteln und dabei vom Prinzip der Multiperspektivität und der Ausgewogenheit der Lernpläne abzuweichen.

20

Durch die neuen Lehrpläne wird das bisherige Fach Politik, dessen Ziel es war, die Schülerinnen und Schülern zum kritischen Nachdenken und zu einem selbstständigen Urteil im Rahmen des Grundgesetzes zu bewegen, zu einem unkritischen Fach degradiert.

25

30

Wir Jusos sehen mit großer Sorge, dass kritisches Hinterfragen der Ökonomie in den neuen niedersächsischen Lehrplänen unbedeutend wird. Dies ist erklärtes Ziel von CDU und FDP, die anstelle des kritischen und mündigen Citoyens einen konservativen, unmündigen und unkritischen jungen Menschen sehen wollen, der die gesellschaftlichen Entwicklungen unkritisch verfolgt. Aus Perspektive der Union soll es nie wieder zu einer rebellischen Jugend kommen, wie es 1968 der Fall war.

35

Unserer Meinung nach müssen die Lerninhalte des Politikunterrichts die ökonomischen Verhältnisse sowie die gesellschaftliche Entwicklung kritisch reflektieren. Dies beinhaltet unserer Ansicht nach, dass kapitalismuskritische Schriften und Theorien wie beispielsweise die Werke von Marx, Engels und Keynes Teil des Unterrichts sein müssen. Sie dürfen nicht, weil sie dem neoliberalen Gedankengut widersprechen, als Lerninhalt verbannt werden. Außerdem sollte der Globalisierungsprozess in historischer, sozialwissenschaftlicher sowie theoretischer Perspektive im Politikunterricht kritisch analysiert werden.

40

##### II: Niedersachsens Rückzug aus der Politischen Bildung

45

Zum schwarz-gelben Politik- und Bildungsverständnis gehört auch, dass sich das Land aus der politischen Bildung zurückzieht. Dies illustriert die Streichung der Landeszentrale für politische Bildung, die dem Diktat der Kassenlage einfach ohne weitergehende Reflexion geopfert wurde. Damit ist Niedersachsen das erste Bundesland, das seiner Verantwortung für politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung im Rahmen des Grundgesetzes nicht mehr nachkommt.

50

Dabei verdeutlichen gerade die Erfolge der NPD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und bei der Kommunalwahl in Niedersachsen, wie nötig politische Bildung und Aufklärung über die politischen Extreme ist. Es besteht die Gefahr, dass die durch die Schließung der Landeszentrale entstandene Lücke durch die NPD geschlossen werden könnte.

55

Wir Jusos protestieren in aller Form gegen die Schließung der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Unserer Meinung nach muss der Staat politische und demokratische Bildungsangebote für seine Bürgerinnen und Bürger anbieten, wobei alle

politischen Positionen vertreten sein müssen, die nicht gegen die demokratisch- freiheitliche Grundordnung des Grundgesetzes verstoßen.

Wir Jusos treten dabei für unser emanzipatorisches, aufklärendes und sozialistisches Politikverständnis ein. Wir wollen, dass junge Menschen befähigt werden, sich selbstständig ein politisches Urteil bilden zu können. Dies setzt aber einen kritischen Politikunterricht voraus, der keine einseitigen Lerninhalte hat!

10

15

20

25

30

35

40

45

50

**Einstimmig angenommen**

**Weiterleitung an:**

55 Unterbezirksparteitag der SPD in Braunschweig  
Bezirkskonferenz der Jusos in Braunschweig  
Bezirksparteitag der SPD in Braunschweig

## Antrag 4

Antragsteller: William Labitzke

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

### Die Bahn gehört uns!

10 Wir Jusos in Braunschweig lehnen den Börsengang der Deutschen Bahn kategorisch ab. Wir fordern, dass der Bund alleiniger Eigentümer der Deutschen Bahn bleibt. Zudem fordern wir Jusos in Braunschweig die Bundesregierung auf, das Grundeigentum und den Besitz am Schienennetz sowie das Trassenmanagement von der Deutschen Bahn an die Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen.

15 1) Keine Privatisierung der Bahn!

Wir halten es für unverantwortlich, in welchem Tempo Veräußerungen von Vermögenswerten des Bundes vorangetrieben werden, um Haushaltslöcher zu stopfen. Oft haben kurzfristige Privatisierungorgien zur Haushaltskonsolidierung ungeahnte Folgen. Getrieben von der momentanen Hegemonie neoliberalen Gedankenguts entzieht sich der Bund immer mehr seiner Gemeinwohlverpflichtung und verliert durch die Privatisierungen immer weiter an Kontrolle an der Daseinsvorsorge seiner BürgerInnen. Privateigentum kann die Gemeinwohlverpflichtung des Staates nicht herstellen, denn ehemalige Bundesunternehmen sind nach einem Börsengang nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern dem Interesse ihrer Kapitaleigner verpflichtet.

20  
25 Der geplante Börsengang der Deutschen Bahn ist zu stoppen! Der Bund muss die Kontrolle über die Bahn behalten, um weiter Einfluss auf die Verkehrsentwicklung hierzulande zu haben. Nur so ist eine Zuverlässigkeit der Bahnverbindungen – vor allem in der Fläche – zu gewährleisten. Schon jetzt werden weite Teile der Bevölkerung am Bahnverkehr gehindert, da ganze Bahnverbindungen gestrichen werden oder Taktzeiten halbiert werden. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen!

2) Schienennetz und Trassenmanagement von der Deutschen Bahn trennen

Investitionssicherheit für das Schienennetz

35 Das Schienennetz gehört – wie das Autobahnnetz und das Wasserwegenetz – zur Daseinsvorsorge. Dies bedeutet, dass der Bund wieder in die Infrastrukturverantwortung eintreten muss, um eine mittel- und langfristige Finanzierung von Unterhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten.

Bei Neukonstruktionen müsse sichergestellt sein, dass die Einnahmen aus den Trassenpreisen auch tatsächlich in den Erhalt der Infrastruktur, das so genannte Bestandsnetz, fließen. Das ist bereits heute deutlich vernachlässigt, weil die Investitionsmittel zu einem hohen Anteil in die Neubauvorhaben und Prestigeobjekte, wie die ICE-Strecke Köln - Frankfurt und den Eisenbahnknoten Berlin, fließen.

40  
45 Bereits von der Bahn vorgenommene Streckensperrungen "aus technischen Gründen" auf Nebenbahnen sind rechtlich nicht zulässig und sprechen ebenfalls für die Neuregelung der Verantwortung für das Schienennetz.

Dies zeigt nochmals, dass die Gemeinwohlverpflichtung des Staates nicht durch das Privateigentum am Schienennetz hergestellt werden kann.

Transparente und gerechte Trassenvergabe

50 Das Deutsche Schienennetz muss von dem Unternehmen „Deutsche Bahn“ getrennt werden, um eine wirkliche Öffnung des Netzzugangs und damit eine nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Schienenwegen gefunden werden kann.

Das Fehlen einer Regulierungsbehörde für das deutsche Schienennetz wirkt sich wettbewerbsbehindernd aus. Schon heute werden Mitbewerber der Deutschen Bahn in Ihren Bemühungen ausgebremst, Streckenrechte auf ausgewählten Trassen zu erhalten. Ob Ihnen dies mit einer Regulierungsbehörde gelänge, ist jedoch zu bezweifeln. Die Beispiele aus anderen Branchen sprechen nicht dafür.

Eine Öffnung – vor allem beim Gütertransport – würde mehr Verkehr auf das Schienennetz in Deutschland bringen. Stünde der Bund im Besitz des deutschen Schienennetzes, könnte er transparent und gerecht die Trassenvergabe und die Grundlagen zur Berechnung der Trassenpreise regeln. Kein Bewerber könnte so gegen einen anderen ausgespielt werden.

- 5 Dies wäre ein wichtiges Signal, um endlich die auf europäischer Ebene angestrebte Trennung von Fahrweg und Transportgesellschaft zu erlangen.

10

15

20

25

30

35

40

45

50

**Einstimmig angenommen**

**Weiterleitung an:**

- 55 Unterbezirksparteitag der SPD in Braunschweig  
Bezirkskonferenz der Jusos in Braunschweig  
Bezirksparteitag der SPD in Braunschweig

## Antrag 5

Antragsteller: Juso-Unterbezirksvorstand

5 Die Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

### Gründung einer neuen Arbeitsgemeinschaft: Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD

10 Die Jusos im Unterbezirk Braunschweig sprechen sich für die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD aus. Durch diese neue Arbeitsgemeinschaft soll das soziale Profil der SPD entschieden gestärkt werden, da der soziale Bereich in der Politik der SPD sowohl durch rot- grün als auch durch schwarz- rot deutlich in den Hintergrund getreten ist.. Ziel der Arbeitsgemeinschaft soll sein,  
15 sich verstärkt um sozial benachteiligte Menschen zu kümmern, die die Regierungspolitik der SPD nicht mehr anspricht.

*Spezielle Zielgruppen der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD sollen sein:*

- 20
- Arbeitssuchende
  - Die Bezieherinnen und Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen
  - Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Allgemeinen
  - Sozial schwächer Gestellte und ältere Menschen

25

  - Auszubildende
  - Schülerinnen und Schüler
  - Studierende, die sich die Langzeitstudiengebühren nicht leisten können
  - Menschen, die im Zuge der Gesundheitsreformen 2003 und 2006 von massiver Kostenerhöhung betroffen sind

30

  - Menschen, die im Zuge der Hartz IV- Reformen ihre Ersparnisse aufgeben mussten, um Arbeitslosengeld II zu erhalten.
  - Speziell die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit 2003 ihr Krankengeld alleine tragen müssen

35 *Genossinnen und Genossen, die das folgende Profil erfüllen, können in die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD aufgenommen werden:*

- 40
- Diejenigen, die sich zu den Grundwerten des Demokratischen Sozialismus bekennen. „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.“

45

  - Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verantwortlich fühlen: „Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiche Chancen der politischen und sozialen Teilhabe und der sozialen Sicherung. Sie verlangt die Gleichheit von Mann und Frau. Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“

50

  - Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem Prinzip der Solidarität verantwortlich fühlen: Solidarität als die Bereitschaft, über Rechtsverpflichtungen hinaus füreinander einzustehen, lässt sich nicht erzwingen. Solidarität ist zugleich Waffe der Schwachen im Kampf um ihr Recht und Konsequenz, aus der Einsicht, dass der Mensch der Mitmenschen bedarf. Wir können als Freie und Gleiche nur dann menschlich miteinander leben, wenn wir füreinander eintreten und die Freiheit des  
55 anderen wollen.

- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Meinung vertreten, dass nur derjenige, der sozial ausreichend abgesichert ist, überhaupt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.
- 5 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich für eine solidarische Bürgerversicherung und ein solidarisches Gesundheitswesen jenseits der Kopfpauschale und des Gesundheitsfonds einsetzen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich zum Prinzip der internationalen Solidarität und Zukunftsperspektiven für die Entwicklungsländer einsetzen.
- 10 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Auffassung vertreten, dass freier Zugang zur Bildung allen Menschen gewährt sein muss, um die soziale Inklusion und soziale Teilhabe zu ermöglichen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die der Meinung sind, dass sich alle gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung des Sozialstaates beteiligen müssen.
- 15 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die das Prinzip „Eigentum verpflichtet“ unterstützen und dem öffentlichen Eigentum Vorrang vor Privateigentum einräumen.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich für einen aktiven Sozialstaat und soziale sowie gesellschaftliche Teilnahme einsetzen.
- 20 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die Tarifautonomie sowie die Paritätische Finanzierung der Lohnnebenkosten durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten möchten.
- Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich der Geschichte und den Traditionen der Sozialdemokratie verpflichtet fühlen und diese erhalten wollen. Wir wollen das Singen von Arbeiterlieder als Kulturgut und sozialdemokratische Tradition, keinesfalls aber als Folklore und Entertainment betrachten.
- 25 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich zum Erbe Willy Brandts bekennen: Sozialistische Internationale, Gerechtigkeit, Freiheit, Partizipation, Sozialstaat, gesellschaftliche Reformen und mehr Demokratie, Bürgerentscheide, Abrüstung, internationaler Dialog, Perspektiven für die 3. Welt; Chancen des Einzelnen in gesellschaftlicher Verantwortung
- 30 • Diejenigen Genossinnen und Genossen, die sich dem sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet fühlen.
- Und diejenigen Genossinnen und Genossen, die dafür plädieren, Konflikte friedlich in Form von internationalen Verhandlungen zu lösen.
- 35 • Sowie diejenigen Genossinnen und Genossen, die die Auffassung vertreten, ein auf dem Prinzip der Progressivität basierendes Steuersystem entspreche sozialdemokratischer Programmatik.

40 Dieses Anforderungsprofil kann im Rahmen der Neupositionierung der SPD am Markt mit einfacher Mehrheit auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der SPD geändert werden.

45

50

55 **Einstimmig angenommen**

Weiterleitung an:

Bezirkskonferenz der JungsozialistInnen

